

Protokoll der 8. Sitzung des Beteiligungsrates vom 25.09.2025

Ort: Rechenzentrum, Raum 126/7

Zeit: 18-20:30Uhr

Anwesende:

Mitglieder:

Bensching, Antje; Buhr, Stefanie; Frieß, Daniel; Halemba, Agnieszka; Huke, Carolin; Johst, Sebastian; Jonas, Christine; Kleger, Heinz, Prof. Dr.; Knorr, Antje (e); Meister, Janine; Müller, Annett; Oberstädt, Kay; Wiechert, Norman; Wilke, Franziska, Woelki, Tobias

Gäste:

Sophia Ermert, LHP, WerkStadt für Beteiligung (WfB)

Thomas Geisler, mitMachen e. V., WerkStadt für Beteiligung (WfB)

Moderation: Karol Sabo

Abwesende (e=entschuldigt):

Babeyko, Andrey (e); Müller, Martina (e); Neidel, Nadine (e) ; Rütenik, Moritz (e)

Realisierte Tagesordnung

1. Begrüßung, Vorstellung der Tagesordnung
2. Mitteilungsvorlagen des BR im Ratsinformationssystem (ALLRIS) der SVV
3. Bericht aus dem Hauptausschuss vom 10.09
4. Antrag Umgang der LHP mit Sammelpetitionen
5. Wahl zur Nachbesetzung Sprecher:in des Beteiligungsrat
6. Aktuelles: Beteiligungsempfang, Berichte aus den AGs und Jury Bürgerbudget
7. Organisatorisches: Vorstellung und Absprachen zur Nutzung der Nextcloud des BR
8. Abschluss

Abkürzungsverzeichnis:

- BR: Beteiligungsrat
- WfB: WerkStadt für Beteiligung
- HA: Hauptausschuss
- ÖA: Öffentlichkeitsarbeit
- SVV: Stadtverordnetenversammlung
- SPSG: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG)
- ALLRIS: Ratsinformationssystem der Stadtverordnetenversammlung

1. Begrüßung

Herr Sabo begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 18:00 Uhr.

Insbesondere begrüßt wird Norman Wiechert als neues, nachrückendes Mitglied des Beteiligungsrats. Er stellt sich den Anwesenden kurz vor und freut sich auf die Zusammenarbeit.

Die Agenda wird bestätigt, aus technischen Gründen wird der Punkt Mitteilungsvorlagen vorgezogen und der Punkt Nextcloud ganz ans Ende gelegt. Der Prozessmonitor entfällt aufgrund der Sommerpause.

2. Mitteilungsvorlagen des BR im Ratsinformationssystem (ALLRIS) der SVV

Ein Vorschlag des früheren Oberbürgermeisters regte an, dass der Beteiligungsrat eigene Mitteilungsvorlagen in das Ratsinformationssystem einbringen solle, um die Sichtbarkeit seiner Arbeit zu erhöhen. Bisherige Stellungnahmen des BR wurden über die städtische Website und andere Wege veröffentlicht; Mitteilungsvorlagen würden zusätzlich eine institutionelle Verankerung in der Stadtverordnetenversammlung (SVV) ermöglichen.

Sophia Ermert erläutert die Hintergründe und Verfahrensweisen einer Mitteilungsvorlage. Ein Treffen der Sprecherinnen mit der Fachstelle Partizipation und Demokratiewerkstatt klärte Vorgehen, Vorteile und offene Fragen. Erste Rückmeldungen waren positiv.

- Vorteile: bessere Auffindbarkeit in der Datenbank ALLRIS, dauerhafte öffentliche Einsehbarkeit, Stärkung der Rolle des Beteiligungsrats.
- Der formale Prozess umfasst Verwaltungsschritte, Fristen (ca. acht Wochen Vorlauf) und standardisierte Formulare. Unterstützung durch die interne WfB ist zugesagt.
- In der SVV werden Mitteilungsvorlagen in der Regel zur Kenntnis genommen; teils erfolgt Überweisung in Ausschüsse, wo eine inhaltliche Diskussion stattfinden kann.
- Fragen aus dem Rat betrafen mögliche Einflussnahmen der Verwaltung. Klärung: Inhalte von Mitteilungsvorlagen insbesondere aus Beiräten werden nicht verändert.
- Unterschiede zu anderen Beiräten wurden angesprochen, die meist kurzfristiger zu laufenden Anträgen Stellung nehmen.
- Ergänzend wurde das mögliche Rederecht im Hauptausschuss diskutiert. Dieses erfordert Antragstellung und Abstimmung mit der Ausschussvorsitzenden. Dabei wurde zwischen einfachem Rederecht (kurzer Beitrag zu Beginn eines Tagesordnungspunktes) und beratender Mitgliedschaft mit kontinuierlicher Beteiligung unterschieden.
- Der Beteiligungsrat sieht darin zusätzliche Wege, um Einfluss auf Beratungen zu nehmen.
- Zusammenfassend: Mitteilungsvorlagen bieten die Chance, Stellungnahmen sichtbar und verbindlich in den Ratsprozess einzubringen. Ergänzende Einflussmöglichkeiten bestehen über Ausschüsse und das Rederecht im Hauptausschuss. Der BR entscheidet, den Weg der Mitteilungsvorlagen für eigene Stellungnahmen nutzen zu wollen.

3. Bericht der Sitzung des Hauptausschuss vom 10.09

Christine Jonas war bei der Sitzung und berichtet über die Teilnahme am Hauptausschuss: Themen waren u. a. Flächennutzung der SPSPG-Flächen für Jugendliche (seit Jahren ohne Ergebnis), öffentlicher Nahverkehr sowie in der SVV die Zukunft des Rechenzentrums.

- Zu den SPSPG-Flächen für Jugendliche: Der Bericht des Generaldirektors der Stiftung

Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) ging auf das Thema nicht ein. Auf Nachfrage im Ausschuss gab es keine neuen Informationen. Seit Jahren besteht dazu ein offener Punkt, ohne dass konkrete Lösungen oder Ergebnisse vorliegen. Der Beteiligungsrat will das Thema weiter beobachten.

- Zum Rechenzentrum: B-Plan muss geändert werden, da dieser einen Abriss des Rechenzentrum vorsieht. Eigentumsfragen und Sanierungskosten sind ungeklärt. Tendenz geht in Richtung Erhalt, aktuell scheinen die Gespräche zwischen Stiftung und Rechenzentrum besser zu verlaufen.
- Der nächste Hauptausschuss ist für den 8. Oktober geplant. Es wurde nochmal an die Liste zur Teilnahme in der AG Hauptausschuss erinnert.
- **Rederecht:** Die Vorsitzende Saskia Hüneke zeigte Bereitschaft, Redebeiträge des Beteiligungsrats zu ermöglichen, wenn diese vorher mit ihr abgestimmt werden. Einschätzung: Ein dauerhaftes Rederecht ist nur sinnvoll zu beantragen, wenn regelmäßig Beiträge erfolgen. Das ist mir sehr viel Aufwand verbunden. Andere Beiräte (z. B. Senioren-, Migranten- und Behindertenbeirat) haben beratende Funktion und damit ständiges Rederechte in manchen Ausschüssen, da sie anders gesetzlich verankert sind; der Beteiligungsrat besitzt diesen Status nicht.

4. Antrag Umgang der LHP mit Sammelpetitionen

(Franziska Wilke kommt hinzu)

Ausgangspunkt war ein Antrag in der Stadtverordnetenversammlung von der Stadtverordneten Frau Dr. Günther zum Umgang der Landeshauptstadt mit Sammelpetitionen. Anlass war eine Petition gegen den geplanten Turm in der Medienstadt Babelsberg, wo der Umgang der Verwaltung mit der Petition bemängelt wurde. In dem Antrag wurde explizit die Beteiligung des Beteiligungsrats gefordert.

- **Bisherige Praxis:** Früher existierte ein Petitions- und Beschwerdeausschuss, später lag die Zuständigkeit beim Ausschuss Partizipation, Transparenz, Digitalisierung (PTD), inzwischen gibt es keinen eigenen Ausschuss mehr, wo Petitionen besprochen werden. Petitionen landen im Hauptausschuss, werden dort aber nur punktuell behandelt.
- **Problem laut Tobias Woelki:** Viele Eingaben und Petitionen würden von der Verwaltung oder dem SVV-Büro zurückgewiesen, da sie nicht formal die Anforderungen der Kommunalverfassung an eine Petition erfüllen würden oder die entsprechende Stelle sich als nicht zuständig erkläre. Bürgerinitiativen nutzten verstärkt Online-Plattformen wie Open Petition, die von der Verwaltung jedoch oft nicht anerkannt würden.
- Unterschiedliche Wege, eine Idee/Beschwerde/Position einzubringen
 1. Einwohnerantrag, dass sich die Gemeindevertretung mit einem bestimmten Thema befasst (§ 13)
 1. Einzel- oder Sammelpetitionen nach Kommunalverfassung (§ 14)
 2. andere Sammelpetitionen über Onlineplattformen, Unterschriftenlisten, die die Anforderungen nach §14 nicht erfüllen
 1. die städtische Beteiligungsplattform *mitgestalten.potsdam.de* mit einem Ideenportal. Dieses ermöglicht Vorschläge bei der Verwaltung einzureichen, unterscheidet sich aber rechtlich von Petitionen nach § 14 Kommunalverfassung. Der BR hat sich bereits

mehrfach mit der Beteiligungsplattform befasst.

1. Mängelmelder für verschiedene Probleme im öffentlichen Raum

Austausch und Diskussion

- Bürger*innen sollen einfache Möglichkeiten und Hilfestellungen erhalten, ihre Anliegen bei der Stadtverwaltung und der Stadtverordnetenversammlung einzubringen. Zurückweisungen wegen formalen Fehlern oder Nicht-Zuständigkeit sind frustrierend.
- Das Fehlen eines Petitionsausschusses scheint die Möglichkeiten von Petitionen zu erschweren. Der Antrag von Frau Günther wird als Chance gesehen, dieses Defizit zu klären und Verfahren neu zu ordnen. Verwaltung und Politik sind bereits im Austausch.
- Für den Beteiligungsrat stellt sich die Frage, ob und wie er das Thema aktiv begleitet, z. B. durch eine eigene Stellungnahme. In der Diskussion wurde betont, dass es nicht nur um den konkreten Anlass Babelsberg geht, sondern um eine grundsätzliche Klärung des Umgangs mit Sammelpetitionen.
- Entscheidung: Noch keine abschließende Haltung, aber Einigkeit, das Thema weiter zu verfolgen und möglicherweise eine Stellungnahme einzureichen. Wenn der Antrag beschlossen wird muss die Verwaltung den Beteiligungsrat ja involvieren, wie es im Antrag steht. Da wird es also noch Gelegenheit geben, sich einzubringen.

5. Wahl zur Nachbesetzung Sprecher:in des Beteiligungsrat

Franziska Wilke und Martina Müller wollen aus unterschiedlichen Gründen ihr Mandat als Sprecher:in niederlegen. Es werden kurz nochmal die Aufgaben der Sprecher:innen erläutert. Auf die Frage, wer sich vorstellen kann, das Mandat der Sprecher:in zu übernehmen meldet sich Annett Müller.

Da niemand den Wunsch nach geheimer Wahl äußert, wird in offener Abstimmung gewählt. Die Wahl von Annett Müller zur Sprecher:in erfolgt einstimmig. Sie nimmt die Wahl an. Der dritte Posten bleibt erst mal vakant, bzw. hat sich Martina Müller bereit erklärt, diesen vorläufig weiter zu führen, wenn sich nicht genügend Personen als Sprecher:in finden sollte. Norman Wiechert meldet an, dass er sich ab 2026 vorstellen könnte, diese Aufgabe zu übernehmen.

6. Aktuelles:

Der **Beteiligungsempfang** findet am 14. November 18 bis 21 Uhr im Treffpunkt Freizeit im Großen Theatersaal statt. Die Werkstatt für Beteiligung richtet den Empfang aus, der Beteiligungsrat ist Kooperationspartner. Der neue Oberbürgermeister/die neue Oberbürgermeisterin soll eingeladen werden. Im Vorfeld soll eine **Online-Umfrage** zum Thema Beteiligung in Potsdam statt. Das Veranstaltungsformat beinhaltet eine Art "Aufstellung", bei der die Ergebnisse der Umfrage mit den Meinungen der Anwesenden abgeglichen werden sollen. Es soll ein dynamischer Empfang mit Musik werden, um Beteiligung zu feiern. Engagierte Initiativen und Aktivistinnen aus verschiedenen Stadtteilen und Nachbarschaftszusammenhängen werden eingeladen, darüber hinaus ist die Veranstaltung öffentlich und kostenfrei. Der Beteiligungsrat soll präsent sein, eventuell kurze einführende oder abschließende Worte sprechen, aber es braucht keine große Vorbereitung. Martina und Kay haben sich/erklären sich bereit, den Rat beim Empfang zu vertreten. Thomas wird die drei interessierten Personen (oder alle) anschreiben, ein Online-Treffen zur Besprechung des Ablaufs organisieren und Druckmaterialien (Poster mit QR-Code zur Umfrage, symbolische „Eintrittskarten“) zur Verfügung stellen, damit die Mitglieder selbst wichtige

Personen einladen können.

Smart City AG: Bisher ist noch kein Treffen der AG Smart City mit dem Smart City Projekt zustande gekommen. Es besteht die allgemeine Auffassung, dass eine Weiterarbeit wenig Sinn macht, da der Zeitraum des Smart City Projekt begrenzt ist und Beteiligung daran nicht mehr sinnvoll erscheint. Die AG löst sich deswegen auf.

Bürgerbudget: Annett berichtet, dass sie mit Antje und Moritz das Team Bürgerbudgets dabei unterstützt haben, die Auswahl der Kooperationspartner für die Bürgerbudgets zu treffen. Es gab eine hohe Zahl an Bewerbungen (ca. 10 bis 12), was im Gegensatz zu früheren Jahren (5 bis 6 Bewerbungen) stand. Die ausgewählten Kooperationspartner machen nun ihre eigenen Ausschreibungen für verschiedene Bürgerbudgets.

Die AG Kommunikation hat sich getroffen und überlegt, Material zur Öffentlichkeitsarbeit zu erstellen und fragte sich, ob es finanzielle Mittel dafür gibt. Aufgrund eines fehlenden Logo der Landeshauptstadt Potsdam war die Überlegung, dies zu verschieben. Sophia Ermert stellt klar, dass der Beteiligungsrat grundsätzlich ein Budget für Material und Öffentlichkeitsarbeit hat. Es wurde geraten, trotz der ungelösten Logo-Frage mit der Produktion von Material zu beginnen, da sich die Entscheidung wahrscheinlich noch sehr lange hinziehen wird. Die AG überlegt, ob eine Präsenz des BR auf Social Media sinnvoll sein könnte.

7. Organisatorisches:

Termine im November: Im November gibt es drei aufeinander folgende Termine: 13.11. (Sitzung), 14.11. (Beteiligungsempfang), 15.11. (Klausur). Die Gruppe entschied, an allen (BR)-Terminen festzuhalten.

Nextcloud: Die Werkstatt für Beteiligung hat eine Nextcloud-Plattform (nextcloud.beteiligungsrat-potsdam.de) zur Arbeitserleichterung wie gewünscht angeschafft und Karol Sabo mit der Einrichtung und Administration beauftragt.

Die Mitglieder erhalten am folgenden Tag individuelle Zugänge. Funktionen umfassen Dateiablage/Archivierung (mit Ordnern für AGs, Protokolle, etc.), parallele Online-Bearbeitung von Dokumenten und einen gemeinsamen Kalender (BR-Sitzungen, AG-Treffen, Ausschüsse). Diese werden live von Karol Sabo vorgeführt. Der Appell an die Mitglieder ist, sich einzuloggen und die Plattform zu nutzen.

Fragen:

- Möglichkeiten zum Chat (Messenger-Ersatz): Die Chat-Funktion (Nexttalk) ist im aktuellen Paket nicht enthalten, da sie als nicht prioritär galt.
- Der Wunsch nach einer Online-Meeting-Lösung nimmt die WfB nochmal mit und wird einen Vorschlag einbringen.

6. Abschluss

Die nächste Sitzung findet am 16.10.2025 im Haus der Natur statt. Die Moderation bedankt sich für die angenehme und konstruktive Zusammenarbeit und beendet die Sitzung um 20:30Uhr.